

15. Jahrgang, Ausgabe 3 September 2009

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landtagsfraktion

Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Homepage:

Tel.: (0391) 5 60 20 00
E-Mail: FV@cdufraktion.de
www.eak-sachsenanhalt.de

Mitteldeutschland hat seine erste Landesbischöfin

Wir haben einen neuen Bischof und damit auf dem Gebiet der Neuen Bundesländer mit Frau Ilse Junkermann die erste evangelische Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Frau Junkermann wurde mit einem Festgottesdienst im Magdeburger Dom am 29. August 2009 in ihr Amt eingeführt. Sie predigte über das Gleichnis vom Pharisäer und vom Zöllner (Lukas 18,9 - 14). Dieses jedem Christen bekannte Gleichnis erlaubt vielschichtige Ausdeutungen, die nicht nur das Glaubensleben, sondern auch das tägliche Leben und wohl auch den Meinungsstreit in der Politik in einem Licht sehen lassen,

das aus gutem Grund immer wieder zur eigenen Korrektur mahnt.

Pharisäer und Zöllner gehen in den Tempel zu Jerusalem, um zu beten. Der Pharisäer ist sich seines vorbildlichen Lebensstils bewusst und er lobt seine Leistungen beim Fasten und beim Geben des Zehnten. Der Zöllner hingegen ist sich seiner Sündhaftigkeit bewusst und voll Demut. Im Gleichnis jedoch erklärt Jesus, dass nicht der Pharisäer der Gerechtfertigte, sondern der Zöllner der Gerechtfertigte sei. Denn wer sich selbst erhöht, der wird erniedrigt werden. Wer sich aber selbst erniedrigt, der wird erhöht werden.

Nun ist es aber so, dass der Pharisäer tatsächlich um tadellose Lebensführung bemüht ist und wahrscheinlich ein vorbildlicher Mensch ist. Er erliegt aber der Gefahr, dass seine Selbsteinschätzung eines gerechtfertigten Lebens in Selbstgerechtigkeit umschlägt und damit all seine wirklichen Verdienste zunichte macht. Umgekehrt bekommt der Zöllner, der als Kollaborateur mit der römischen Besatzungsmacht zu Recht von niemandem geachtet wird, die Chance, dass sein Leben erhöht wird, weil er sich selbst seines Elends bekennt und durch Erniedrigung zur Erneuerung seines Lebens bereit ist.

In dieser Ausgabe:

Mitteldeutschland hat seine erste Landesbischöfin	1-2
Rede von Herrn Minister Olbertz zur Amtseinführung der ersten Landesbischöfin	2-4
Zum Tode von Altbischof Dr. Werner Krusche	5
Dürfen christliche Politiker Festredner auf Jugendweiheveranstaltungen sein?	6
Verwunderliches aus dem Munde eines Altbischofs	7
Die Bibel, ein Elternratgeber	8-10
Ladenöffnungsgesetz in Sachsen-Anhalt - flexibel und fest zugleich	11
Die Verungung, eine Unerwünschte Sprachentwicklung	12-13
Schlusswort	14



Mitteldeutschland hat seine ...

Fortsetzung von S. 1

Wo schlägt das klare Eintreten für ein Programm und für Personen in Selbstgerechtigkeit gegenüber dem politischen Gegner um?

Jeder kennt „glaubensgewisse“ selbstgerechte Christen, mit denen nur schwer umzugehen ist. Aber wie oft lassen wir die Frage der Selbstgerechtigkeit tatsächlich an uns persönlich herankommen und sind nicht der Auffassung, es werde immer nur über andere gesprochen? Hier werden wir bei unserer Selbstbewertung nur allzu schnell entlarvt.

Frau Bischöfin Junkermann streifte in ihrer Einführungspredigt zu Recht keine tagespolitischen Themen, aber lassen Sie mich in diesem Rundbrief mitten in Wahlkämpfen ruhig die Erweiterung auf unsere

politischen Haltungen und unser Agieren im tagespolitischen Geschäft eingehen. Wo schlägt das klare Eintreten für ein Programm und für Personen in Selbstgerechtigkeit gegenüber dem politischen Gegner um? Wo ist die Grenzziehung, die wir immer wieder neu bestimmen müssen, um Klarheit der Aussagen und Selbstgerechtigkeit voneinander deutlich trennen zu können? In Wahlkampfzeiten gewiss kein einfaches Unterfangen. Wenn wir aber nicht nur den kurzen „Erfolg“ wollen, sondern über die mittlere, ja vielleicht sogar über die lange Strecke „der Stadt Bestes“

suchen und finden wollen, bleibt uns kein anderer Weg, als uns selbst immer wieder bewusst zu sein, dass auch die gute politische Absicht, wenn sie in Selbstgerechtigkeit umschlägt, verdorben ist.

Und so wollen wir auch in diesem Rundbrief des Evangelischen Arbeitskreises wieder verschiedene Themen ansprechen und aus der Position heraus beleuchten: „Was kann der christliche Glaube der Politik sagen?“

Jürgen Scharf, Vors. EAK

Rede von Herrn Minister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz zur Amtseinführung der ersten Landesbischöfin der EKM, Frau Ilse Junkermann, am 29. August 2009 im Magdeburger Dom

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präses von Marschall, sehr geehrte Herren Bischöfe, sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen allen, vor allem aber Ihnen, sehr geehrte Frau Landesbischöfin Junkermann, darf ich die besten Grüße und Glückwünsche unseres Ministerpräsidenten Professor Wolfgang Böhmer und aller Mitglieder der Landesregierung übermitteln.

Als erste Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands sind Sie zugleich die erste Bischöfin auf dem ehemaligen Territorium der unierten Kirchenprovinz Sachsen und der lutheri-

schen Thüringer Landeskirche, und damit im 800. Jubiläumjahr des Magdeburger Domes auch die erste Frau in der Stelle des 1. Dompredigers.

Sie übernehmen Ihr Amt zu einer Zeit, in der die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland die vollzogene und vermutlich noch nicht von allen Kirchenmitgliedern gleichermaßen begrüßte Fusion mit Leben zu erfüllen hat. Sie wollen, wie Sie einmal selbst gesagt haben, "ausgleichend wirken", ohne bestehende Konflikte zu negieren, und dazu wünschen wir Ihnen alles Gute.

Nicht nur hier, sondern in ganz Deutschland und darüber hinaus stehen

die Kirchen vor der Frage, wie sie ihren Auftrag in Zukunft authentisch erfüllen können. Auslöser dieser Frage ist sicher auch, aber nicht nur, die Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen. Daneben geht es um das Selbstverständnis einer Kirche in einer Gesellschaft, die sich gerne als wertpluralistisch versteht. Dabei kann offen bleiben, ob der tatsächlich zu beobachtende Pluralismus wirklich ein Pluralismus echter Werte ist oder manchmal vielleicht eher der Vermeidung von gelebten Wertehaltungen dient. Gleichwohl sehen sich die Kirchen vor der Aufgabe, ihren Auftrag, ihre Botschaft so zu vermitteln, dass sie für die Menschen annehmbar ist,

Rede von Herrn Minister Olbertz

Fortsetzung von S. 2

ohne in Annehmlichkeiten zu verfallen. Wenn diese Aufgabe manchmal übergroß erscheint, ist es vielleicht ein Trost zu wissen, dass schon ein Paulus vor ihr stand und nach ihm alle Kirchengenerationen bis heute. Und umgekehrt ist ein Pluralismus unter Ausschluss der Religiösen für mich nicht vorstellbar.

Ich hoffe, Sie gestatten mir eine solche Anmerkung, auch wenn ich hier als Mitglied der Landesregierung und nicht als Protestant spreche. Denn eine Besonderheit der Kirchen in den neuen Ländern liegt in ihrer Geschichte und in Erfahrungen mit einem Staat, die anderen Kirchen erspart blieben. Und so gab es nach der Wende sehr unterschiedliche Überlegungen, wie das Verhältnis von Staat und Kirche zu gestalten sei. Nicht alle taten sich sofort leicht mit der Vorstellung, einen Staatskirchenvertrag abzuschließen oder Religionsunterricht an staatlichen Schulen einzuführen.

Inzwischen, denke ich aber, sind viele solcher Vorbehalte verschwunden. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche bzw. den Religionsgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates. Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit, sondern, dass der Staat die religiös-weltanschaulichen Überzeugungen und Entscheidungen seiner Grundrechtsträger unparteiisch zu respektieren und zu berücksichtigen hat. Auch und besonders das Verhältnis zwischen

Staat und Kirchen ist also keines der Beziehungslosigkeit. Vielmehr wirken sie an ihren Schnittstellen zusammen.

Das gilt auch für die Beziehungen zwischen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, wie es bereits für ihre Vorgängerkirchen sowie allen evangelischen Kirchen auf jeweiligem Landesgebiet sowohl im Land Sachsen-Anhalt als auch im Freistaat Thüringen galt und in Staatskirchenverträgen geregelt wurde.



Prof. Dr.
Jan-Hendrik Olbertz

Besonders zu erwähnen ist hierbei der Wittenberger Vertrag vom 15. September 1993, den das Land Sachsen-Anhalt mit den evangelischen Kirchen geschlossen hat, weil er als erster Vertrag in den damaligen jungen Bundesländern das Bedürfnis nach einer neuen, zukunftsweisenden Regelung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche aufgriff. Vorbildwirkung hat dieses tragende Vertragswerk übrigens nicht nur für Deutschland, sondern auch weit darüber hinaus. Denn der Wittenberger Vertrag wurde als

Regelungsmodell bereits ins Russische übersetzt. Mit dem Land Sachsen-Anhalt, und das wird mit dem Freistaat Thüringen nicht anders sein, haben die Kirchen einen verlässlichen Partner. Das gilt nicht nur mit Blick auf die vertraglich vereinbarten Staatsleistungen, sondern auch im gesamten Schul- und Hochschulwesen, in der Kultur, bei der Denkmalpflege und in den vielfältigen Bereichen der sozialen und diakonischen Aufgaben, die die Kirchen übernehmen. Der Wittenberger Vertrag beschreibt die Grundlage für das künftige Zusammenwirken von Kirche und Staat in Sachsen-Anhalt.

Überhaupt dürfte inzwischen jedem klar sein, dass ein Staatskirchenvertrag keinen Vertragsgeber und keinen Vertragsnehmer kennt, sondern nur gleichwertige Vertragspartner.

Das sieht man auch an vielen gemeinsamen Früchten. So ist ein regelrechtes Netz an leistungsfähigen evangelischen Schulen entstanden. Gerade in den letzten Jahren ist es gemeinsam gelungen, den Religionsunterricht erheblich auszubauen. Auch die engagierte Rettung vieler historischer Kirchbauten im Land zeigt, dass die Beziehungen tragen.

Und es stehen große Ereignisse vor uns, gemeinsame Aufgaben, in denen jeder die Rolle des anderen anerkennt. Auch wenn es noch wie in weiter Ferne wirkt, war es gut, dass wir uns schon seit einiger Zeit zusammengefunden haben, um das Reformationsjubiläum 2017 vorbereiten,

Und es stehen
große
Ereignisse vor
uns,
gemeinsame
Aufgaben, in
denen jeder
die Rolle des
anderen
anerkennt.

Rede von Herrn Minister Olbertz

Fortsetzung von S. 3

Der Magdeburger Dom



Die Reformation ist wahrscheinlich eines der besten Beispiele dafür, wie sehr ein historisches Ereignis und eine geschichtliche Entwicklung sowohl die Sphäre des Kirchlichen als auch den weltlichen Bereich geprägt haben.

das nicht nur, aber ganz wesentlich mit dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt zu verbinden ist. Und auch in diesen finanziell nicht unbekümmerten Zeiten sucht das Land sein Engagement aufrechtzuerhalten und in Vereinbarungen mit den Kirchen zu verankern.

Die Reformation ist wahrscheinlich eines der besten Beispiele dafür, wie sehr ein historisches Ereignis und eine geschichtliche Entwicklung sowohl die Sphäre des Kirchlichen als auch den weltlichen Bereich geprägt haben. Und so besteht aller Grund, auch die Erinnerung daran, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln, gemeinsam zu begehen.

Dies könnte auch Anlass sein, einmal in den Blick zu nehmen, wie sehr das Christentum und die Kirchen die Geschichte des Abendlandes beeinflusst hat. Diese Geschichte kennt, niemand weiß das besser als die

Kirchen, nicht nur Ruhmeskapitel. Dies darf aber nicht den Blick davor verstellen, wie sehr heute zum Gemeingut zu zählende Grundwertungen historisch untrennbar mit dem Christentum verbunden sind. Wenn beispielsweise die Evangelische Sozialethik oder die Katholische Soziallehre von Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität sprechen, ist dies letztlich nichts anderes als der Ausdruck dessen, wie das Christentum das Gebot der Nächstenliebe entfaltet hat. Das heißt nicht - und für eine Religion, die nicht nur einen Erlöser, sondern auch einen Schöpfergott kennt, muss es auch nicht heißen - dass diese Werte nur einem Christen einsichtig wären. Aber dass die Geltung dieser Werte und entsprechendes Handeln sich seit Langem allgemein durchsetzen, ist faktisch wesentlich ein Verdienst des Christentums und der Kirchen. Auch das gehört zu einer umfassenden Betrachtung

des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landesbischöfin,

soweit man sich an die Etymologie eines Wortes halten kann, übernehmen Sie als Bischöfin (epi-skopos) die Aufsicht über eine junge Landeskirche mit großer kirchengeschichtlicher Tradition. In der Einladung machen Sie allerdings deutlich, mit welchem Verständnis Sie dieses Amt ausüben wollen. Dazu wünsche ich Ihnen im Namen der Landesregierung eine glückliche Hand und persönlich Gottes Segen. Uns allen wünsche ich ein weiterhin gutes Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland und dem Land Sachsen-Anhalt im Geiste unseres Evangelischen Kirchenvertrages.

30 Jahre freiwilliger Dienst in der Kirche in der DDR Zum Tode von Altbischof Dr. Werner Krusche

Altbischof Dr. Werner Krusche ist im 91. Lebensjahr heimgerufen worden. Der Evangelische Arbeitskreis trauert um eine herausragende Persönlichkeit des kirchlichen und öffentlichen Lebens.

Der Vorsitzende des EAK, Jürgen Scharf, erklärte:

„Altbischof Krusche hat persönlich den schweren Weg nicht gescheut. Er ist seinem Auftrag nie davon gelaufen. Er trug Verantwortung dort, wo er gebraucht wurde. Wehrdienst und Kriegsverletzung führten ihn hin zur theologischen Ausbildung, nach der er 1953 bewusst den Weg von West nach Ost in die frühere DDR ging, um den Seelsorgeauftrag gerade in den staatlich drangsalierten Gemeinden auszuführen. Zum Bischof berufen, wirkte er von 1968 bis 1983 an maßgeblicher Stelle in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg. In einer synodal besonders geprägten Kirche führte er das Bischofsamt Vorbild gebend als geistliches Leitungsamt aus. Gerade in einer marxistisch ausgerichteten Gesellschaft waren seine Vorträge wie ‚Die Gemeinde Jesu Christi auf dem Wege in die Diaspora‘ für Christen über Jahre hinweg geistige und auch politische Richtschnur.“

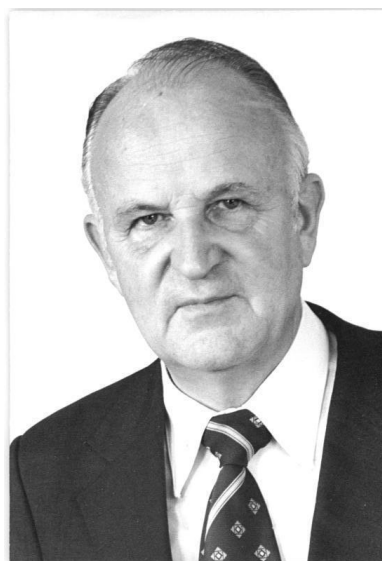
Den Konflikt mit staatlichen Stellen hat er nicht gesucht, aber wo immer nötig, deutliche und klare Worte gefunden und so manche Auseinandersetzung durch geradlinige und zugleich pragmatische Haltung lösen können. Erinnerung sei an die schwierige Situation

nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz oder den Konflikt um die Friedensdekaden mit dem Symbol ‚Schwetter zu Flugscharen‘. Umso härter traf ihn der ungerechtfertigte Vorwurf des Kirchenhistorikers Gerhard Besier, der ihm Kumpanei mit dem Staat vorwarf.

Selbst im Ruhestand blieb Krusche durch Predigt, Vorträge und publizistische Tätigkeit aktiv. Nach der friedlichen Revolution ermutigte er, die neu gewonnenen Handlungsmöglichkeiten auch zu ergreifen und so unterstützte er unter anderem die Gründung von christlich orientierten Schulen in freier Trägerschaft.

Wir alle verlieren mit Altbischof Krusche eine herausragende Persönlichkeit des kirchlichen und des öffentlichen Lebens. Er hat sich seinem Auftrag nie entzogen. Wir dürfen ihm hierfür dankbar sein.“

Jürgen Scharf, Vors. EAK



Altbischof Dr. Werner Krusche
(1981)
† 24. Juli 2009

Wir alle
verlieren mit
Altbischof
Krusche eine
herausragende
Persönlichkeit
des kirchlichen
und des
öffentlichen
Lebens.

Dürfen christliche Politiker Festredner auf Jugendweiheveranstaltungen sein?

Diese Frage wird seit einiger Zeit im EAK diskutiert, worauf ich dankenswerterweise von einem CDU-Stadtrat aufmerksam gemacht wurde.

Die mir vorliegenden Diskussionsbeiträge beziehen sich alle samt und sonders auf die Durchführung der Jugendweihe zu DDR-Zeiten. Darauf will ich auch nicht näher eingehen. Prof. Dr. med. Christof Huth hat dies jüngst recht ausführlich und aufschlussreich getan.

Ich war nicht zur Jugendweihe, wie es damals hieß und auch meine fünf Geschwister sind nicht gegangen. Aufrichtige Pädagogen setzten sich aber dafür ein, dass wir drei Brüder wie beehrt auch zum Abitur zugelassen wurden. Alle drei saßen wir aber auch Jahr für Jahr vor der Bühne des Kreiskulturhauses und mussten uns als Mitglieder des Jugendblasorchesters die Jugendweihereden der Parteifunktionäre anhören. Da ich nach dem Studium wieder im Orchester spielte, saß ich auch als Erwachsener in diversen Jugendweiheveranstaltungen und begann dabei zu überlegen, was ich wohl zu sagen hätte, säßen die jungen Leute vor mir, dem katholischen Maschinenbauingenieur.

Es kam die Wende. Ich wurde Oppositionsführer, dann Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und schließlich sogar Bürgermeister meiner Heimatstadt. Und es dauerte nicht lange, da klopfte eine Klassenlehrerin an meine Tür, ihre Klasse hätte bald

Jugendweihe und schließlich hätte der Bürgermeister immer die Festrede gehalten, es wäre doch schön usw. Was also tun?

In allen – unbedingt erforderlichen – Diskussionen sollten sich alle Teilnehmer diese Situation einmal für sich selbst vorstellen, wie sie sich für mich bzw. für Markus Kurze darstellte. Wie würde ich reagieren, wie würde ich selbst handeln, würde man mich fragen?

Die einfachste Antwort ist das kategorische Nein! Doch hilft uns das weiter? Pfarrer Uwe Koch bemerkt zu Recht, dass die Jugendweihevereine fest in PDS/Linker Hand sind. Also ein noch kategorischeres Nein? Ich denke nicht.

Zunächst habe ich mich selbst beim Wort genommen und habe zugesagt. Schließlich hatte ich immer selbst überlegt, was ich sagen würde, fragte man mich. Das brachte mir viel Ärger ein, abwechselnd von meinem katholischen Pfarrer und noch heftiger vom evangelischen Glaubensbruder im Pfarramt. Zuweilen antwortete ich lax, dass ich der „Pastor der Gottlosen“ sei.

Dann ist festzuhalten, dass die heutigen Jugendweiheveranstaltungen nichts mehr gemeinsam haben mit dem „atheistischen Wirkungszeichen“ der DDR-Zeit. Sie sind weitgehend entpolitisiert (zumindest in Dessau-Roßlau) und geben mir als Festredner die Gelegenheit, auf Dinge zu sprechen zu kommen, die mich auch aktuell bewegen und die heranzwachsende

Jugend betreffen.

Es ist richtig, dass der Jugendweihe e.V. im Wesentlichen von Mitgliedern Der Linken getragen wird. Aber ist es dann nicht erst recht wichtig, sich hier einzumischen? Die Jugendweihe ist mittlerweile zu einem festen Bestandteil im Kanon der Familienfeste geworden. Etwa 70% aller Jugendlichen im Alter von 14 Jahren nehmen in Dessau-Roßlau daran teil, darunter hin und wieder auch Konfirmanden. Von einem konkurrierenden Fest kann schon längst keine Rede mehr sein, eher von mancher Gedankenlosigkeit. Da begrüße ich es, dass Markus Kurze dieses Feld besetzt und auch die CDU zu Wort kommen lässt.

Dankbar bin ich, dass unsere Kirchen inzwischen Alternativen anbieten. Sie veranstalten zu n e h m e n d „Jugendweihen“ von erstaunlichem Tiefgang für konfessionell ungebundene Jugendliche. Das Bedürfnis mit den Kindern im Alter von etwa 14 Jahren ein Fest zu feiern ist einfach da (Prof. Huth spricht zu Recht die 3. Generation an), und offensichtlich geben sich aber in zunehmendem Maße Jugendliche und ihre Eltern auch nicht mit der Oberflächlichkeit der meist gebräuchlichen Feiern zufrieden.

Ich denke, wir Christen und Politiker mit dem C im Parteiprogramm sollten viel stärker aktiv werden und das Feld nicht initiativlos Der Linken überlassen.

Klemens Koschig,
Dessau-Roßlau

Ich denke, wir Christen und Politiker mit dem C im Parteiprogramm sollten viel stärker aktiv werden und das Feld nicht initiativlos Der Linken überlassen.

Jugendweiheveranstaltung



Verwunderliches aus dem Munde eines Altbischofs

Der Altbischof der ehemaligen Kirchenprovinz Sachsen, Axel Noack, trägt sich laut Tagesspiegel mit dem Gedanken, in eine Partei einzutreten. In diesem Zusammenhang bewertete er auch die CDU Deutschlands und führte unter anderem aus, bei der CDU störe ihn „der Umgang der CDU mit ihrer Vergangenheit. Die PDS-Akten liegen auf der Straße, aber die CDU hat ihre Akten gleich ins Parteiarchiv nach Sankt Augustin abtransportiert.“ Ferner monierte er, dass die CDU, da sie aus der Zentrumsparterie hervorgegangen sei, „etwas tief Katholisches“ darstelle.

Hierzu nimmt der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Sachsen-Anhalt, Jürgen Scharf MdL, wie folgt Stellung: „Es ist schon recht verwunderlich, wie Altbischof Noack, der ab dem Wintersemester 2009/2010 an der Martin-Luther-Universität in Halle/Wittenberg am Institut für Bibelwissenschaft und Kirchengeschichte eine Dozentur für kirchliche Zeitgeschichte und mitteleuropäische Regionalgeschichte antritt, sich oberflächlich und irreführend zur Geschichte der CDU äußert. Die CDU ist mitnichten eine Fortsetzung der alten katholischen Zentrumsparterie. Dieser Vorwurf ist schlichtweg falsch. Die CDU Deutschlands war und wollte von Anfang an eine interkonfessionelle Partei sein, da ihre Gründungsväter und -mütter einen Hauptgrund für das „gottlose Abenteuer“ in der Nazizeit (siehe Berliner Gründungsauftrag von 1945) in der konfessionellen Zer-

strittenheit und Schwäche der Christenheit in Deutschland angesehen haben. Deshalb fanden sich in der CDU katholische und evangelische Christen, Frauen und Männer aus allen Regionen und sozialen Schichten zusammen. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln. Ja, man kann durchaus sagen, sie sei eine „Partei der Ökumene“. Hervorragende politische und kirchliche Persönlichkeiten, wie Otto Dibelius, Hermann Ehlers, Robert Tillmanns, Kai-Uwe von Hassel, Eugen Gerstenmaier, Richard von Weizsäcker, Lothar de Maizière, Wolfgang Schäuble und Angela Merkel bezeugen das evangelische Element in der CDU. Von Hermann Ehlers wurde als sichtbares Zeichen des protestantischen Mitgliederteils der CDU/CSU 1952 der Evangelische Arbeitskreis gegründet. Dieser ist bis heute fest in der Unionsfamilie verwurzelt.

Es ist vollkommen abstrus zu suggerieren, die CDU hätte ihre Akten im Parteiarchiv in Sankt Augustin weggesperrt. Nachprüfbar ist, dass es untrennbarer Bestandteil der politischen Arbeit der CDU ist, ihre Parteigeschichte aufzuarbeiten. Dieses erfolgt durch eine umfangreiche wissenschaftliche Tätigkeit, aber auch immer wieder durch öffentliche Stellungnahmen. So heißt es schon auf dem Sonderparteitag der Ost-CDU vom 15./16.12.1989: „Wir bekennen unsere Schuld an den Deformationen, unter denen wir mit allen Bürgern unseres Landes zu leiden haben. Zu viele von uns haben aus



Konrad-Adenauer-Haus (Berlin)

Angst, aus Resignation, aus Überheblichkeit gegenüber Mahnern und Kritikern nicht widerstanden, wo dies um der Menschen willen notwendig gewesen wäre.“ Erinnert sei auch an den am 26.10.1989 veröffentlichten „Brief aus Weimar“. Die Akten der Ost-CDU werden im Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin gesammelt, aufbewahrt und stehen der Forschung unter der Geltung des Bundesarchivgesetzes zur Verfügung. Daher sind die Akten jederzeit öffentlich zugänglich. Formal rechtlich sind und bleiben die Akten Eigentum des Bundes. In und mit den Akten wird sehr intensiv wissenschaftlich geforscht und die Ergebnisse werden fortlaufend publiziert. Vielleicht findet Altbischof Noack bei seiner neuen Lehrtätigkeit Zeit und Muße, nicht Unsinn in Tageszeitungen zu plaudern, sondern sich wissenschaftlich-historischer Arbeit zu widmen, die dann auch ihm zu korrekten Aussagen zur Parteigeschichte der CDU verhelfen können.“

Jürgen Scharf, Vors. EAK

Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln.

Die Bibel, ein Elternratgeber

Das
Grundgesetz
unseres
Glaubens ist
auch das
Grundgesetz
unserer
Erziehung.

„Du kannst erreichen, was du wirklich willst“. Diese herausfordernde Sichtweise auf das Leben ist das Thema des wunderschönen Romans *Die Möwe Jonathan*. Der amerikanische Schriftsteller und Flieger Richard Bach hat das zum Kultbuch aufgestiegene Werk 1970 verfasst. Im Jahr 1973 wurde es von Regisseur Hall Bartlett verfilmt. Die Musik von Neil Diamond ist ebenso ergreifend wie es die wunderbaren Naturaufnahmen im Film sind. Jonathan will immer höher und schneller fliegen und strebt Vollkommenheit im Fliegen an. Seine Eltern und die Möwen seines Schwarms haben kein Verständnis für den Ehrgeiz und wollen Jonathan zu angepasstem Verhalten zwingen. Schließlich wird er aus dem Schwarm verbannt. Doch leidenschaftlich entwickelt Jonathan sein fliegerisches Können weiter. Er wird nach seinem Tod von jenseitigen Begleitern bis zur Vollkommenheit geführt. Jedoch Schwarm und Eltern hatten eine bestimmte enge Vorstellung davon, wie Möwen zu sein haben. Ehrgeiz und Selbstverwirklichung gehörten für sie nicht zum Möwe-Sein.

Jonathan sieht hingegen in jeder Möwe die Möglichkeit angelegt, vollkommen zu werden. Uns Menschen ist ebenfalls die Fähigkeit mitgegeben, zu einer vollendeten Persönlichkeit heranzuwachsen. Dazu brauchen wir die Hilfe von Erwachsenen. Die Eltern haben eine besondere Verantwortung für ihre Kinder. Ich gehe darauf aus Elternsicht und aus der Perspektive eines Christen ein.

Die meisten von uns kennen ihre Elternpflichten und nehmen sie ernst. Wie ein Säugling gestillt oder gefüttert wird, wie man ein Baby wickelt, die Windeln wechselt oder den Körper reinigt und pflegt, lernen wir noch recht schnell. Anfängliche Unsicherheit weicht der Einfühlung und Routine.

Aber schon bei der Frage, ob man ein Baby schreien lassen oder sofort nach ihm schauen soll, gehen die Meinungen auseinander. Solche Fragen werden nicht mehr der Pflege oder Betreuung sondern der Erziehung zugeordnet. Bewusste Erziehung richtet sich an den Fragen aus: Wie soll mein Kind werden, welche Charaktereigenschaften soll es entwickeln, wie soll es sich gegenüber anderen verhalten oder wie wird es selbstbewusst und stark?

Die Vorstellungen sind in Deutschland eher einheitlich. Kinder sollen Regeln kennen lernen und berücksichtigen, sie sollen sich in Gemeinschaften einfügen können und hilfsbereit sein. Wir wollen Liebe und Mitgefühl in ihnen wecken, aber auch Selbständigkeit und Selbstbewusstsein stärken. Fleiß und Ausdauer sind für berufliche Karriere und das private Leben wichtig. Wir wünschen, dass unsere Kinder offen und zu konstruktiver Kritik fähig sind und dass sie Kritik annehmen können. Viele wollen ihre Kinder im christlichen Glauben erziehen. Es ist nur nicht immer klar, wie das gelingen soll. Dann sucht man Hilfe in der unüberschaubaren Menge an Erziehungsratgebern.

Wir Christen haben es da leichter. Wir schauen ein-

fach in die Bibel. Zwar steht dort nichts über niederlagefreie Konfliktbewältigung und über den Familienrat. Die Bibel gibt keine konkreten Hinweise über den Einsatz von Lob, Tadel, Bestrafung und Ansporn. Zur Höhe des Taschengeldes oder über die Zeit des Schlafengehens finden wir keine Aussagen.

Wir können nicht nachlesen, welche Ernährung für Kinder gut ist und ob wir den Umgang mit den misstrauisch bäugten neuen Freunden zulassen dürfen. Nichts steht in der Bibel über Sexualaufklärung, Schutz vor den Gefahren der Medien oder über die richtige Wahl von Kindergarten und Schule. Und lassen Sie es mich offen sagen: Hier brauchen wir keine verbindlichen Vorgaben. Die Gestaltungsspielräume sind groß, die Entscheidungen hängen vom jeweiligen Kind und den familiären und örtlichen Gegebenheiten ab. Die Bibel enthält das Leitbild und die Leitsätze christlicher Erziehung. Die Zehn Gebote des Alten Bundes gelten unmittelbar. Sie sind zudem die Grundlage unseres Werte- und Rechtssystems. Wenn wir unsere Kinder zu anständigen und lebensstüchtigen Menschen erziehen wollen, dann müssen wir Ihnen in Übereinstimmung mit den Zehn Geboten die Liebe zu Gott und den Menschen vermitteln. Dann ist es unsere Aufgabe, sie die Achtung vor dem Leben und der Natur ebenso zu lehren wie den Respekt vor dem, was den Mitmenschen wertvoll ist.

Das Grundgesetz unseres Glaubens ist auch das Grundgesetz unserer Erziehung. Als eine Art Handlungsanleitung

Die Bibel, ein Elternratgeber

Fortsetzung von Seite 8

steht den zehn Geboten im Neuen Testament die Bergpredigt zur Seite. Jesus hat uns nicht nur das Beten gelehrt, sondern auch den rechten Umgang miteinander. In der Seligpreisung am Anfang der Bergpredigt zählt Jesus auf, was selig macht. Er nennt Sanftmut, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, ein reines Herz und Friedfertigkeit. „Seid fröhlich und getrost“, hat Jesus der Zuhörerschaft zugerufen. Wer selig ist, der ist auch glücklich. Mit unserer Erziehung können wir unseren Kindern helfen, das von Jesus vorgegebene Ideal eines seligen oder glücklichen Menschen zu erreichen. Es ist zugleich das Ideal von einem Christen.

Bismark sagte: „Mit der Bergpredigt kann man keine Politik machen“. Diese Ansicht ist heute nicht mehr richtig. Die Bildungspolitik der CDU orientiert sich etwa bei der Festlegung von Bildungszielen an den christlichen Werten. Die Politik muss die Rahmen-

bedingungen so gestalten, dass auch christliche Erziehung möglich ist. Ich sage daher: „Mit der Bergpredigt kann man gut Politik machen“. Die Bibel enthält die Erziehungsziele. Mir ist kein Elternratgeber bekannt, der gänzlich andere Vorstellungen darüber verbreitet, was das Ergebnis der Erziehung sein soll. Das bestätigt meine Gewissheit, dass breite Übereinstimmung in unserer Gesellschaft über gelungene Erziehung besteht. Allerdings hat sich das Maß dessen, was an Abweichung vom Erziehungsdeal hingegenommen wird, gegenüber früher vergrößert. Nachdem das Ziel gesteckt ist, bleibt die Frage nach dem Weg dorthin. Die Erziehungsratgeber unterscheiden sich in ihren Vorschlägen. Sie empfehlen unterschiedliche Methoden und Inhalte, die sie meistens auf die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Kinder beziehen. Ich will ein paar Grundsätze benennen, die mir

für die Erziehung als Christen wichtig erscheinen.

1. Ein Kind ist uns willkommen. Wir bereiten uns auf die Elternschaft und auf das werdende Kind vor. Eine gesunde Lebensweise und regelmäßige Untersuchungen sind uns selbstverständlich. Beide Eltern informieren sich über Schwangerschaft, Geburt und Säuglingspflege. Es ist schön, wenn die Eltern das Kind gemeinsam auf der Erde begrüßen können. Beide nehmen ihre Partner- und Elternpflichten ernst.

2. Die Bedürfnisse der Kinder müssen gestillt werden. Je kleiner die Kinder sind, desto wichtiger ist diese Aufgabe für die Eltern. Die Kinder brauchen Gesundheit, Ernährung, Schlaf, Pflege und eine verlässliche liebevolle Beziehung. Über Kinderkrankheiten und die Behandlungsmöglichkeiten, über gesunde Ernährung, über geeignete Pflegemittel und die Materialien für Bett, Windeln, Kleidung oder

Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass auch christliche Erziehung möglich ist.



spielende Kinder

Die Bibel, ein Elternratgeber

Spielzeug und über die beste Schlafposition sollten wir schon Bescheid wissen.

3. Die Kinder müssen gefördert werden. Wir Eltern fördern unsere Kinder, indem wir uns mit ihnen beschäftigen, also ihnen die Welt aus dem Tragegurt oder Kinderwagen zeigen, mit ihnen scherzen und spielen, mit ihnen reden, ihnen etwas vorlesen oder vorsingen und sie in unsere Beschäftigung mit einbeziehen. Bei älteren Kindern bieten wir die Möglichkeit, ihre Talente zu erproben und Fähigkeiten im Sport, im Musizieren und Malen, Singen und Tanzen, Debattieren oder Tüfteln zu verbessern. Kinder brauchen andere auch gleichaltrige Kinder. Wir bemühen uns um gute Kindertagesbetreuung und Schule und nehmen am Leben der Kinder in den Einrichtungen teil.

4. Die Kinder müssen beteiligt werden. Kinder sollten von Anfang an als vollwertige Mitglieder der Familie angesehen werden. Bei der Gestaltung des Alltags und bei allen Unternehmungen sollten die Interessen der Kinder gleichwertig berücksichtigt werden. Entscheidungen, die unmittelbar die Kinder

betreffen, sollten unter ihrer Beteiligung oder bei älteren Kindern nach ihrem Wunsch getroffen werden. Wir achten die Rechte der Kinder und teilen ihnen auch Pflichten zu. Wir setzen den Kindern Grenzen und begründen sie. Bei älteren Kindern handeln wir die Grenzen etwa für Mediennutzung, Spielzeiten oder häusliche Pflichten aus.

5. Die Kinder lernen den Glauben kennen. Als Christen erzählen wir unseren Kindern von Gott und Jesus. Wir sind Vorbilder für unsere Kinder. Wir lehren unsere Kinder die Liebe zu Pflanzen, Tieren und Menschen, indem wir mit ihnen in die Natur gehen und die Pflanzen und Tiere mit ihrer Wesensart vorstellen und Geschichten aus der Bibel oder aus geeigneter Kinderliteratur vorlesen. Wir feiern die Feste des kirchlichen Jahreskreises in ihrer jeweils typischen Ausprägung und bereiten uns gemeinsam darauf vor. Wir beten mit den Kindern.

6. Liebe statt Hiebe. Dieser Denkspruch des Deutschen Kinderschutzes besagt, dass Gewalt in der Erziehung verboten ist. Wenn wir nicht überzeugen können, dann

bleiben nur gewaltfreie Methoden der Erziehung. Dazu gehören Kompromisse, Absprachen oder Strafen, die die Würde des Kindes nicht verletzen. Wir begegnen unseren Kindern mit Verständnis und Liebe. In der Auseinandersetzung mit ihnen lernen wir, unsere eigenen Haltungen und Erwartungen zu hinterfragen und zu überprüfen. So lernen wir beständig von unseren Kindern. Wir sind verlässlich für unsere Kinder da. Wir kennen ihre Freuden und Wünsche aber auch ihre Sorgen und Ängste, ihre Freizeitsbeschäftigungen. Wir lassen Schritt um Schritt los.

Zusammenfassung: Unsere Kinder sind eigenständige Lebewesen. Wir helfen ihnen auf dem Weg zu einer reifen und glücklichen Persönlichkeit. Dabei richten wir uns an den christlichen Werten aus, die in den Zehn Geboten und in der Bergpredigt festgelegt sind. Wir fördern die Entfaltung der guten Kräfte in unseren Kindern.

Denn in der Bergpredigt heißt es: „Darum sollt ihr vollkommen sein, gleichwie euer Vater im Himmel vollkommen ist“ (Matthäus 5, 48). Oder wie es die Möwe Jonathan empfunden hat: „Du kannst erreichen, was du wirklich willst“.

Wolfgang Stein

Der Autor ist Psychologe und Pädagoge (M.A.) und arbeitet im Ministerium für Gesundheit und Soziales Sachsen-Anhalt im Bereich Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und Bündnisse für Familien

Unsere Kinder sind eigenständige Lebewesen.



Ladenöffnungsgesetz in Sachsen-Anhalt - flexibel und fest zugleich

In Sachsen-Anhalt dürfen Geschäfte an vier Sonn- oder Feiertagen im Jahr öffnen. Das Ladenöffnungsgesetz in Sachsen-Anhalt ist flexibel und fest zugleich. Zum einen räumt es dem Einzelhandel Spielräume für unternehmerisches Handeln ein und zum anderen festigt es das Grundgesetz und den darin verankerten Artikel 140, der die Sonn- und Feiertage „als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ verfassungsrechtlich besonders schützt.

Das Sächsische Obergericht hat nun

verfassungsrechtlich geschützten Sonntagschutzes nicht ausreichend entsprochen. Dennoch wurde eine Revision zugelassen. Dies bedeutet, dass die Stadt Böhlen Revision beim Bundesverwaltungsgericht einlegen kann.

In Sachsen-Anhalt ist die Lage weitestgehend entspannt. Den Gerichten des Landes liegen keine Klagen zur Öffnung von Geschäften an Sonn- und Feiertagen vor. Daher können zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Prognosen bzgl. einer möglichen gerichtlichen Überprüfung des Geset-

gericht setzt sich diesbezüglich derzeit mit Verfassungsbeschwerden der Evangelischen Kirchen auseinander. So ist im Berliner Ladenabschlussgesetz direkt eine Ladenöffnungszeit von 13 bis 20 Uhr an den Adventssonntagen vorgesehen. Vier zusätzliche verkaufsoffene Sonntage werden von der Stadt bestimmt (i. d. R. zu besonderen Veranstaltungen wie Messen) und zwei weitere können von jedem einzelnen Händler zu besonderen Anlässen wie Straßenfesten oder Jubiläen gewählt werden.



In Sachsen-Anhalt ist die Lage weitestgehend entspannt.

mit einem Urteil vom 07.07.2009, diesen Regelungen weiteren Rückhalt gegeben. Das Gericht hat festgestellt, dass die Verordnung der Stadt Böhlen über das Offenhalten von Verkaufsstellen zum Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen unwirksam war. Mit der Öffnung der Geschäfte an den vier Adventssonntagen hat die Stadt gegen das Sächsische Ladenöffnungsgesetz verstoßen, da das eingeräumte Verordnungsermessens fehlerhaft ausgeübt wurde. Mit der Ausweisung dieser Sonntage als verkaufsoffen, wurde der Bedeutung des ver-

zes abgegeben werden. Man kann deshalb davon ausgehen, dass die Kommunen, die Verbände des Einzelhandels und die Arbeitnehmervertreter das Gesetz akzeptiert haben und die Ermessensspielräume verantwortlich nutzen.

Aber es variiert die Stimmung in den einzelnen Bundesländern. Das Berliner Ladenöffnungsgesetz ist das „liberalste“. Nach diesem Gesetz dürfen Geschäfte an bis zu zehn Sonn- oder Feiertagen im Jahr öffnen, darunter an allen vier Adventssonntagen zwischen 13 und 20 Uhr. Das Bundesverfassungs-

gericht kündigte bei der mündlichen Verhandlung Mitte Juni an, dass in den kommenden Monaten „ein Grundsatzurteil zu den verfassungsrechtlichen Grenzen der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen“ ergehen wird, was die Rechtsprechung zu Ladenöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen auch über die Grenzen Berlins entscheidend prägen wird. Es bleibt nun abzuwarten, wie das BVerfG entscheidet und ob Betroffene in Sachsen-Anhalt auf dieses Urteil reagieren werden.

Detlef Gürth, MdL

Foto: Arbeitsbeginn
© C. Hautumm /PIXELIO

Die Verungung, eine unerwünschte Sprachentwicklung

Die deutsche Sprache ist schön und vielseitig. Sie ist aber großen Gefahren ausgesetzt. Damit meine ich nicht die Rechtschreibreform. Mir geht es auch nicht um den ungehemmten Gebrauch von Fremdwörtern und von übermäßig vielen Begriffen aus dem Englischen. Eine noch größere Bedrohung stellt vielmehr die Verungung dar. Sie wissen gar nicht, was die Verungung ist?

Ich habe das Wort erfunden. Es bezeichnet den gedankenlosen Einsatz von Hauptwörtern, die auf „ung“ enden. Vor allem in Texten von Behörden und Gerichten aber auch Forschungsinstituten und Unternehmen feiern diese Formen fröhliche Urstände. Sie werden gern

bei Aufzählungen benutzt. Das Lieblingswort ist „Schaffung“. Es steht sehr oft in Verbindung mit der Aussage: „Ziel ist“. Ich verdeutliche das an einem Beispiel und wähle dazu eine medienpolitische Forderung. Einerseits kann man sagen: „Die Rettung der Bevölkerung hängt von ihrer Schützung vor schädlicher Beeinflussung durch die Medien ab. Ziel ist die Verbie-tung des Senders RTL“. Der Satz könnte aber auch so lauten: „Wenn wir die Menschen retten wollen, dann müssen wir sie vor schädlichen Einflüssen durch die Medien schützen. Wir nehmen uns als Ziel vor, RTL zu verbieten“.

An Schreibtischen geschieht das Unerklärliche. Menschen, die im lockeren Gespräch oder im Fachdialog ganz normal reden, werden plötzlich zu Anhängern der Verungung, wenn sie einen offiziellen Text verfassen. In ihrer Leidenschaft bilden sie auch Ungwörter, die es gar nicht gibt. Ein Blick in den Duden kann uns sagen, ob ein Wort schon zum Sprachschatz gehört. So las ich neulich von der Druckung und Abonnierung einer Zeitschrift.



ich das Wort „Bauchabformung“ für den Gipsabdruck des Bauches in Schwangerschaft.

Behörden schreiben von Leistungserbringung, Gesundheitsvorbeugung, Bevorratung, Personenzentrierung, Bezuschussung, Wissenserzeugung, Konzeptionierung, Verlinkung, Verschickung, Beurlaubung, Erteilung und Fundierung. In den Medien konnte man von Beringung der Vögel, Kape-rung eines Schiffs, Hundangriffen, Befliegung des Geländes in Nachterstedt und von der Schonung des Schamgefühls lesen. Schonung ist also nicht nur ein Schutzraum.

Überhaupt bekommt im Zuge der Verungung manches bekannte Wort einen neuen Sinn. So schreiben ihre Anhänger von Verfolgung ihrer Zielstellung, Einschaltung weiterer Institutionen, Stellung eines Antrags oder Sicherung der Rechte. Wer will kann gerne einmal im Duden nachschauen, welche Hauptwörter es von den beliebig aufgegriffenen Substantiven gibt und welche nur verkrampte Kurzformen für vollständige Sätze sind.

CDU-Mitglieder sind von dem Eifer offenbar nicht sonderlich ergriffen. In den Artikeln des CDU-Eibkuriers oder des EAK-Rundbriefes tauchen die Wortschöpfungen nur selten auf.

Eigentlich müsste unser

Die passenden Wörter heißen immer noch Druck und Abonnement.

Besonders gern wird die Verungung in juristischen Texten wie etwa in den Begründungen für Urteile und Beschlüsse verwendet. Da ist von Einreichung, Zurückverweisung, Nichtzahlung und Nichtzahlung, Schadenszufügung, Namenserteilung, Nachholung der Mitwirkung, Beibringung von Unterlagen, Verschickung, Befunderhebung, Erschwerung, Versagung, Verkettung, Einholung eines Meinungsbildes, Einräumung von Umgangskontakten, Freiheitsentziehung und Verauslagung der Kosten die Rede. In einer Werbeanzeige las

Sie wissen
gar nicht,
was die
Verungung
ist?

Die Verungung ...

Sprachgefühl uns vor der Verungung bewahren. Wenn das nicht der Fall ist, und wir der Versuchung erliegen, doch ein unangebrachtes Ungwort zu setzen, dann sollte vielleicht noch eine andere Person den Text lesen und uns auf die Nachlässigkeit aufmerksam machen. Ich fordere nun nicht den vollständigen Verzicht auf Hauptwörter, die auf „ung“ enden. Hoffnung, Begegnung, Nahrung oder Zeitung haben weiterhin ihre volle Daseinsberechtigung. Ich spreche mich nur dafür aus, dass wir bewusst und fürsorglich mit unserer Sprache umgehen. Dann kann es

nicht mehr zu dem Satz kommen, den ich neulich gelesen habe: „Vorbemerkung zur Auswertung der Anhörung zur Verordnung zur Umsetzung der Sachstandsfeststellung und Sachförderung, die nur die Durchführung und nicht die Finanzierung der Sachstandsfeststellung und Sachförderung regelt“. Wie mag das wohl auf Deutsch heißen?

Wolfgang Stein M.A.
Der Autor, Psychologe und Pädagoge, ist Mitglied der CDU Magdeburg

Fortsetzung von Seite 12

Ich spreche
mich nur dafür
aus, dass wir
bewusst und
fürsorglich mit
unserer
Sprache
umgehen.

Pressemitteilung des statistischen Bundesamtes 5,3% weniger Schwangerschaftsabbrüche im zweiten Quartal 2009

Wiesbaden (ots) - Im zweiten Quartal 2009 wurden dem Statistischen Bundesamt (Destatis) rund 27 800 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet und damit fast 1 600 Abbrüche weniger als im zweiten Quartal 2008 (- 5,3%).

Knapp drei Viertel (73%) der Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahren alt, 15% zwischen 35 und 39 Jahren. Fast 8% der Frauen waren 40 Jahre und älter. Bei den unter 18-Jährigen (Anteil von knapp 5%) ging die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche um 12% (- 164) im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal zurück. 40% der Schwangeren aller Altersgruppen hatten vor dem Eingriff noch keine Lebendgeburt. 97% der gemeldeten

Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Medizinische und kriminologische Indikationen waren in rund 3% der Fälle die Begründung für den Abbruch. Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (73%) wurden mit der Absaugmethode (Vakuumaspiration) durchgeführt. Bei 14% der Schwangerschaftsabbrüche wurde das Mittel Mifegyne® verwendet. Die Eingriffe erfolgten überwiegend ambulant (97%), und zwar zu 79% in gynäkologischen Praxen und zu 18% ambulant im Krankenhaus. Rund 6% der Frauen ließen den Eingriff in einem Bundesland vornehmen, in dem sie nicht wohnen.

Um Aussagen über die längerfristige Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche zu tref-

fen, sind die vorhandenen Jahresergebnisse besser geeignet, da man diese üblicherweise in Beziehung zur Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter und der Geborenen setzt.

Weitere Auskünfte gibt: Zweigstelle Bonn, Hans-Jürgen Heilmann, Telefon: (0228) 99 643-8154, E-Mail:

schwangerschaftsabbrueche@destatis.de

Rückfragen an obigen Ansprechpartner oder an: Statistisches Bundesamt Telefon: (0611) 75-3444 E-Mail:

presse@destatis.de

Ich habe einmal sehr schön gelesen:

*Wahrheit ohne Liebe macht stur.
Gerechtigkeit ohne Liebe macht hart.
Schönheit ohne Liebe macht eingebildet.
Erkenntnis ohne Liebe macht rechthaberisch.
Macht ohne Liebe macht gewalttätig.
Besitz ohne Liebe macht geizig.
Glaube ohne Liebe macht fanatisch.*

Philosophische Fragen und politische Programme können uns helfen, die Welt ein bisschen besser zu verstehen und unserem Handeln eine vernünftige Richtung zu geben. Die Grundlagen unseres Lebens können wir jedoch nicht selber aus uns heraus schaffen. Wie sind zuerst Empfangende und dann Handelnde. Wer die Menschen nicht liebt, soll keine Politik machen. Weder im Großen noch im Kleinen. Wo Liebe nicht ist, da ist nicht Leere, sondern Zerstörung. Nur wer irgendwo Liebe spürt, kann Glaube und Hoffnung entwickeln. Glaube, Hoffnung, Liebe – diese drei haben für immer Bestand – sagt Paulus – und er fügt hinzu: „Die Liebe aber ist die Größte unter ihnen“.

Jürgen Scharf, Vors. EAK

Impressum

Herausgeber:
Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortliche Redakteure:
Wolfgang Löw, Jürgen Scharf MdL

Texte:
Jürgen Scharf, Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, Klemens Koschig, Wolfgang Stein, Detlef Gürth

Bilder:
Pressestelle Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Pressestelle Kultusministerium LSA, Sandra Hietel, Bundesarchiv - Bild 183-1989- 0325-009 - Roeske, Robert, Bundesarchiv_Bild_183-Z0922-312_Bischof_D._Dr._Werner_Krusche - Pätzold, Ralf, Wolfgang Stein, Enzyklopädie www.Wikipedia.de - Creative-Commons-Lizenz - Thomas Riehle

Stand: September 2009
Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.